

Thema

Schwarz, rot, schwammig

Die Mieter werden von den Plänen im Koalitionsvertrag profitieren, ob auch den Pendlern geholfen wird, ist noch völlig unklar. Wer auf eigene alternative Energien setzt, gehört zu den Verlierern

Knapp 200 Seiten umfasst der Koalitionsvertrag, den SPD, CDU und CSU am Montag unterzeichnet haben. Ein Überblick über die wichtigsten Punkte für München und die Region.

Verkehr

Der Berliner Flughafen zum Beispiel kommt vor. Über den heißt es im Koalitionsvertrag: „Der Bund bekennt sich zum Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg.“ Auch der Nord-Ost-Kanal wird explizit erwähnt. **Münchner Verkehrsprojekte dagegen sucht man vergebens. weder der zweite S-Bahn-Tunnel noch die dritte Startbahn am Flughafen werden erwähnt. Auch zum Erdinger Ringschluss, der Walpertskirchner Spange oder dem Ausbau der Strecke München-Mühldorf-Freilassing gibt es nichts Konkretes. Wie geht es mit diesen Projekten weiter unter Schwarz-Rot? Man weiß es nicht.** Die vielen wolkigen Ankündigungen lassen sich für, aber genauso gut auch gegen so manches Vorhaben in der Landeshauptstadt auslegen. So kündigen die Koalitionäre zwar an, in den nächsten vier Jahren die Bundesmittel für Verkehrsinfrastruktur substanziell zu erhöhen. Zugleich aber steht nach Jahrzehnten des Netzausbaus nun die Substanzsicherung an erster Stelle. Das heißt konkret: Erhalt und Sanierung sollen vor deren Aus- oder Neubau kommen. Das lässt manchen, der bislang zum Beispiel von neuen Trambahntrassen im Münchner Norden und Westen träumte, mittlerweile eher unruhiger schlafen. Zumal das Programm, aus dem der Bund kommunale Projekte (Schiene wie Straße) unterstützt, im Jahr 2019 ausläuft. Branchenkenner fordern seit Langem, rasch ein Nachfolgeprogramm aufzulegen und so Planungssicherheit zu schaffen. Schwarz-Rot allerdings hat bislang nur vereinbart, diese Frage im Rahmen der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu beraten. Eine rasche Lösung dürfte das wohl eher nicht werden. mvö

Mieten

In den Augen von Münchens Mietervereins-Chefin Beatrix Zurek profitieren die Mieter stark vom neuen Koalitionsvertrag. So darf eine frei gewordene Wohnung bei der Neuvermietung maximal zehn Prozent mehr kosten als die ortsübliche Vergleichsmiete. Bislang gab es für diese Fälle gar keine Regelung. Zudem darf die Miete in drei Jahren nur um maximal 15 statt der bisherigen 20 Prozent steigen. eine Neuerung, die allerdings schon von der alten Bundesregierung beschlossen wurde. Ursprünglich war von einer Spanne von vier Jahren die Rede, das hätte die Münchner noch erheblich stärker entlastet. Dafür aber wurde etwas nachgeholt, was Mieterschützer seit langem fordern: eine breitere Basis für den Mietspiegel. Derzeit werden bei der Berechnung lediglich die Verträge der vergangenen vier Jahre berücksichtigt. und die sind meistens teurer als langjährige Mietverhältnisse. Modernisierungen dürfen auch weiterhin auf die Mieter umgelegt werden (zu zehn statt der bisherigen elf Prozent). Allerdings fällt der Aufschlag auf die Miete weg, sobald die zehn Prozent sabbezahlt sind. dh

Energiewende

Ob es um Strompreise geht oder um die neuen Reservekraftwerke, die für die Sicherheit der künftigen Stromversorgung in München und Bayern dringend nötig sind: Klarheit über die Zukunft der Energiewende wird es erst geben, wenn die große Koalition das Erneuerbare-Energien-Gesetz neu gefasst hat. Das wird frühestens zur Sommerpause 2014 der Fall sein. Zwei wichtige Punkte für die Region München zeichnen sich aber schon jetzt ab. Der Ausbau der Windkraft wird ebenso massiv eingebremst wie der der Photovoltaik. egal, ob es um Kleinanlagen auf Reihenhäusern geht oder um große auf Firmendächern. Dabei ist Bayern das Photovoltaik-Land Nummer eins in Deutschland. Die 412000 Anlagen produzieren 9,2 Milliarden Kilowattstunden Strom im Jahr, elf Prozent des Stromverbrauchs in Bayern. Die Windkraft, die im Freistaat erst ganz am Anfang steht, wird gleich von zwei Seiten in die Zange genommen. Auf der einen will der Bund die Fördersätze kürzen und nur noch besonders windstarke Standorte zulassen. Auf der anderen Seite kämpft Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) vehement für so große Abstände zwischen Wohnorten und Windrädern, dass in der dicht besiedelten Region München kaum noch welche aufgestellt werden könnten. Stadtwerke-Chef Florian Bieberbach glaubt, dass die Windkraft in Bayern durch die Reformen praktisch tot ist. Ihre eigenen überregionalen Projekte sehen die Stadtwerke nicht in Gefahr. cws, kari

Mindestlohn

Unter 10,50 Euro Stundenlohn brutto seien Münchner auf staatliche Hilfe angewiesen, trotz Vollzeitjob. Das hat das Sozialreferat vor drei Jahren errechnet. Jetzt sollen 8,50 Euro brutto Mindestlohn gezahlt werden, und das flächendeckend erst von 2017 an. Weil das Leben in München sich seitdem enorm verteuert hat, ist der vereinbarte Mindestlohn in München wohl nur für wenige eine wirkliche Hilfe. Wer in Bayern unter einen Tarifvertrag fällt, für den bringt der Mindestlohn keinen Fortschritt. Selbst im schlecht bezahlten Einzelhandel liegen die Stundenlöhne deutlich darüber. Im Friseurhandwerk, das als besonders schlecht bezahlt gilt, ist bereits seit August ein Mindestlohn von 8,50 Euro beschlossen. Laut einer aktuellen Studie der Gewerkschaft Verdi und Nahrung-Genuss-Gaststätten verdienen dennoch derzeit in München gut 42000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, nicht Minijobber, weniger als 6,50 Euro

netto. kari

Leiharbeit und Werkverträge

Im Koalitionsvertrag heißt es, dass Leiharbeiter nach neun Monaten so viel verdienen müssen wie ihre Kollegen, länger als 18 Monate dürfen sie nicht eingesetzt werden. Weil die Gewerkschaften zuletzt schon einige Verbesserungen für Leiharbeiter erstritten hatten, erlebten zuletzt vor allem die Werkverträge Konjunktur. Zimmermädchen bekommen Geld pro Zimmer, Paketboten pro ausgeliefertem Päckchen. In München gibt es in der Automobilbranche besonders viele Werkverträge, nicht nur bei Jobs für geringer Qualifizierte, sondern auch in der wichtigen Forschung und Entwicklung. Hier haben sich Fremdfirmen einen Namen gemacht, die ihre Mitarbeiter per Werkvertrag in Projekte der großen Konzerne einbinden. Einige zahlen Tariflöhne, andere unterlaufen diese. Ähnlich läuft es auch in der Luft- und Raumfahrtindustrie, die ebenfalls im Großraum München stark ist. Auch den Werkverträgen will die Regierung Grenzen setzen: Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit soll häufiger ausrücken, um Missbrauch aufzudecken. Und Betriebsräte sollen künftig Informationen darüber bekommen dürfen, wie viele Menschen per Werkvertrag in einem Betrieb arbeiten.kari

Doppelte Staatsbürgerschaft

Für 1424 Münchner Kinder mit ausländischen Eltern kommt das Einlenken der Politik wohl zu spät: Sie wurden zwischen 1990 und 1995 geboren und müssen sich nach der derzeitigen Rechtslage zwischen ihrem 18.und 23.Geburtstag entscheiden, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten wollen. 905 Münchner Jugendliche haben sich schon entschieden, meist für die deutsche Staatsbürgerschaft. Nun haben SPD und Union vereinbart, dass sie den Optionszwang wieder abschaffen wollen. Dem KVR-Chef Wilfried Blume-Beyerle ist das sehr recht, nicht nur, weil seiner Behörde damit Arbeit abgenommen wird: slch hatte im Jahr 2000 das erste Neugeborene im Arm, das in München betroffen gewesen wäre. Den Eltern habe ich damals gesagt, dass es diese Regelung nicht mehr geben wird, wenn ihre Tochter 23Jahre ist. Die Vorschrift war schon damals erkennbar lebensfremd.%lod

Finanzen

Manchmal ist für die Kommunen vor allem die Reform wichtig, die nicht kommt. Und so kann Münchens Kämmerer Ernst Wolowicz aufatmen: Union und SPD bekennen sich explizit zur Beibehaltung der Gewerbesteuer, die in der Vergangenheit immer wieder zur Disposition stand. Entlastet werden sollen die Kommunen bei der Finanzierung von Schulen oder Kitas . wobei die Formulierungen des Koalitionsvertrags sehr vage sind. Der Bayerische Städtetag beklagt sogar eine sbdauerliche Inhaltsarmut%des Papiers. Auch einige Mogelpackungen sind dabei, etwa die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Das entlastet den Münchner Haushalt zwar schon im kommenden Jahr um 84,7Millionen Euro, ist aber schon längst beschlossen. Dass der Bund bei der Eingliederungshilfe für Behinderte mitzahlen will, wirkt sich allenfalls indirekt auf die Stadt aus. Denn zuständig dafür ist der Bezirk Oberbayern. dh

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Dienstag, den 17. Dezember 2013, Seite 34